

Wahlprüfsteine Startup-Politik Antworten DIE LINKE Bremen

zur Startup-Politik die Linke Bremen

1. Standort Bremen: Welche Bedeutung hat die Startup-Szene für Bremen und die zukünftige Entwicklung des Landes aus Ihrer Sicht? Wie schätzen sie den Startup-Standort Bremen im nationalen und internationalen Vergleich ein (Stärken/Schwächen)? Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um Bremen als Standort attraktiver zu machen?

Der Startup-Szene im Land Bremen ist in den letzten Jahren mehr Aufmerksamkeit seitens der Politik zuteil geworden. Mit dem Risiko- und Wagniskapitalfonds, dem STARTHAUS, mehreren Coworking-Spaces und verschiedenen Förderinstrumenten bestehen Grundlagen. Dennoch ist der Weg noch weit: Bremen gehört nicht zu den fünf Gründungs-Hotspots. Die Innovationspolitik des Landes ist zu industriefixiert und zu wenig auf die Breite von Innovationslandschaften ausgelegt. IT-Wirtschaft und Kreativwirtschaft sind eher schwach entwickelt. Die Chancen von Bremen liegen in kurzen Wegen und engem sozialen Zusammenhalt. Für vorrangig halten wir es, das spezifische Gründungsverhalten von Frauen und Migrant*innen stärker zu fördern, einen eigenen Space für Social Entrepreneurship zu schaffen, die Risikokapitalförderung hinsichtlich ihrer tatsächlichen Risikobereitschaft zu überprüfen, die Verbindungen zur Kreativwirtschaft zu stärken und gezielt auch thematische Förderungen auszuschreiben.

2. Willkommenskultur und Migration: Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um internationale Talente in Bremen willkommen zu heißen?

Bremen und Bremerhaven haben eine sehr entwickelte Willkommenskultur und sind weltoffene Städte. Das Bundesland ist allerdings bislang nicht wirklich auf eine Internationalisierung seiner Erwerbstätigen eingestellt. Wir setzen uns ein für den Ausbau der Mehrsprachigkeit in Behörden, Schulen und öffentlichen Einrichtungen, für die verbesserte und erleichterte Anerkennung ausländischer Qualifikationen, für mehr internationalen Austausch. Bremen und Bremerhaven sollen auch zukünftig mit bezahlbarem Wohnraum, überschaubaren Strukturen, hohem sozialen Zusammenhalt und einer unverwechselbaren Stadtarchitektur ein attraktiver Lebensort sein.

3. Verwaltung: Mit welchen digitalen Services wollen Sie die Verwaltung ins 21. Jahrhundert bringen und Startups zeitraubende Behördengänge ersparen?

Das Projekt Digitalisierung der Verwaltung läuft seit Jahren, lässt sich allerdings nicht beliebig beschleunigen. Elektronische Gewerbeanmeldungen sind bereits jetzt möglich, die elektronische Steuererklärung ist die Norm. Zeit lässt sich häufig vor allem durch frühzeitige Beratung einsparen und durch transparente Aufklärung über Fördermöglichkeiten, deren Aussichten und Voraussetzungen. Wichtig wäre daher auch ein Ausbau der Beratungsmöglichkeiten in den Stadtteilen im Sinne einer dezentralisierten Kultur von Anlaufstellen.

4. Rechtliche Rahmenbedingungen: Wie wollen Sie Startups durch den Abbau von Regulierung und bürokratischen Hürden entlasten? Welche innovationshemmenden Gesetze wollen Sie abschaffen? Wie wollen Sie sicherstellen, dass bei neuen Rechtsverordnungen und Gesetzen immer auch die Auswirkungen auf junge innovative Unternehmen hin geprüft werden?

Zu einer der größten bürokratischen Hürden für Startups und Innovationsgeschehen hat sich die zunehmend unüberschaubare Rechtssituation im Bereich geistiges Eigentum entwickelt. Hier sehen wir die Notwendigkeit, neue Hürden (Stichwort Uploadfilter) zu verhindern und mehr Rechtssicherheit zu gewährleisten für die Verwendung von Information und Inhalten jeder Art, einschließlich der freien Verwendbarkeit von Inhalten, solange ein gewisses kommerzielles Level nicht überschritten wird. Hier muss auch der Staat selbst vorangehen und nach der Leitlinie „public money, public code“ für den Aufbau eines digitalen Kapitals an freien Inhalten und Anwendungen sorgen. Ebenfalls halten wir es für wichtig, Gründer*innen genügend Zeit zu verschaffen – etwa durch verstärkte Förderung von Teilzeitgründungen.

5. Öffentliche Vergabe: Wie kann der Staat zum Startup-Kunden werden und innovative, junge Unternehmen besser im öffentlichen Vergabeprozess berücksichtigen?

Der Staat besitzt mit der Vergabe öffentlicher Aufträge einen ökonomischen Hebel, der ungleich größer ist als das eigentliche Fördergeschehen. Wir schlagen vor, mindestens bei einem Teil der öffentlichen Aufträge innovative Verfahren und Techniken in der Vergabe zu bevorzugen. Kleinere Aufträge können auf dem Weg der Direktvergabe an lokale Startups und junge, innovative Unternehmen vergeben werden.

Die Ausweitung der Tariftreue in der Vergabe auf Dienstleistungen (derzeit gilt sie in Bremen nur im Baubereich) schützt auch Startups und junge, innovative Unternehmen vor Dumpingwettbewerb. Im Bereich der Plattformökonomie erwarten wir, dass auftraggebende Unternehmen durch bundesgesetzliche Regelungen stärker an den Kosten der sozialen Absicherung beteiligt werden.

6. Gründerkultur: Welche Rolle sollte unternehmerisches Lernen und Unternehmergeist in den Schulen und Hochschulen Bremens spielen? Welche Maßnahmen wollen Sie an Schulen und Hochschulen umsetzen, um junge Menschen zu Unternehmensgründungen zu motivieren und für IT-Berufe zu begeistern? Sind Sie für die Einführung eines Pflichtfaches Informatik in allen Schulformen ab der fünften Klasse sowie verpflichtendem Englisch-Unterricht als lingua franca der digitalen Welt ab der 1. Klasse?

Der Zugang zu Informatik, Mathematik und Naturwissenschaften beinhaltet unverändert hohe Hürden nach Geschlecht, sozialer Herkunft und Migrationshintergrund. Diese Hürden abzubauen, halten wir für eine der wichtigsten Herausforderungen in den Schulen in den nächsten Jahren. Denn bislang wird das Potential innovativer Begabung und Motivation nur höchst selektiv ausgeschöpft.

In Bremen wird Englisch in der Primarstufe ab der 3.Klasse verbindlich praktiziert. Das halten wir derzeit für ausreichend. Deutlich verbesserungsbedürftig ist jedoch die Zulassung von Englisch als Sprache für Hausarbeiten und andere schriftliche Ausarbeitungen.

7. Finanzierung: Wie wollen Sie einen besseren Zugang für Startups zu Finanzierungsmöglichkeiten und privatem Wagniskapital schaffen? Gibt es Förderprogramme des Landes Bremen für Startups, die sie verändern, abschaffen oder neu ins Leben rufen möchten?

Ausgesprochen wenige Startups, die im Land Bremen aus dem Risikokapitalfonds gefördert werden, scheitern. Das legt den Schluss nahe, dass diese Programme nicht risikoorientiert genug sind und Innovationen mit einem höheren Risiko gar nicht erst in den Genuss dieser Programme kommen. Eine Überprüfung der Risiko- und Wagniskapitalförderung ist deshalb notwendig. Je nach Vorhaben sind auch die Möglichkeiten der Beteiligungsförderung bislang

nicht ausgeschöpft, die eine wichtige Alternative darstellen können, wenn die Regeln klar sind. Wir setzen uns dafür ein, eine eigenständige Anlaufstelle für Gründerinnen zu schaffen und ein eigenes Programm für die Förderung von Teilzeitgründungen.

8. Digitale Transformation: Wie will ihre Partei Global Player, Mittelständler und Startups stärker miteinander vernetzen? Wie werden Sie die Unternehmen dabei unterstützen, fit für das digitale Zeitalter zu werden?

Die Wirtschaftsförderung des Landes muss dringend um ein Programm ergänzt werden, dass die Digitalisierung von klein- und mittelständischen Betrieben fördert. Auswertungen wie das IAB-Betriebspanel zeigen deutlich die Gefahr einer digitalen Spaltung zwischen Digitalisierungs-Leadern und vielen Betrieben, die nur das Notwendigste in Sachen Digitalisierung betreiben. Die Beschränkung der einzelbetrieblichen Wirtschaftsförderung auf die GRW-Positivliste wollen wir überwinden, durch gezielte Landesprogramme, die ohne die Beschränkungen der GRW-Förderung auskommen.

Wir halten es für unbefriedigend, dass die meisten erfolgreichen Startup-Karrieren mit der Übernahme enden. Hier könnte ein Forschungsschwerpunkt ansetzen, der in Vernetzung mit der Startup-Szene auslotet, wie staatliche Unterstützung dazu beitragen kann, dass aus Startups vermehrt auch neue mittelständische, regional angesiedelte Unternehmen werden, die mit Global Players kooperieren, ohne ihre Selbständigkeit verlieren zu müssen.